

# IV: Auch auf der Leistungsseite müssen Massnahmen erfolgen

Regierungsrat Hugo Quaderer sieht in der Beitragserhöhung nur den ersten Schritt

**Die Gesamtleistungen der IV haben sich von 1997 bis 2004 verdoppelt. Obwohl ein Defizit bei der IV seit Jahren absehbar war, hat die Vorgängerregierung erst ganz zum Schluss etwas unternommen.**

● VON GÜNTHER FRITZ

Die Vorgängerregierung hat an ihrer zweiten Sitzung nach den Landtagswahlen einen Entwurf zur Anpassung der Beitragssätze für die Invalidenversicherung (IV) in Vernehmlassung geschickt. Darin schlug sie vor, die Beitragssätze von bisher 1,2 Prozent auf 1,5 oder allenfalls sogar auf 1,6 Prozent zu erhöhen und den Staatsbeitrag auf 50 Prozent des Gesamtaufwandes festzusetzen. Bisher beteiligt sich der Staat bis maximal 50 Prozent an den Gesamtaufwendungen. Gleichzeitig wollte die Vorgängerregierung der IV erlauben, Reserven bis zu einem Fünftel des Gesamtaufwandes anzulegen.

## Unpopuläres Erbe übernommen

Regierungsrat Hugo Quaderer war gestern Nachmittag Gastreferent an einem von der Seniorenunion veranstalteten Informationsnachmittag im Gemeindesaal Gamprin zum Thema «Invalidenversicherung – heute und morgen». Ausserdem informierten Rainer Wolfinger, ärztlicher Leiter des Landeskrankenhauses Vaduz, und Fabienne Hasler vom Liechtensteinischen Krankenkassenverband über das «KVG und die Praxis».

Regierungsrat Hugo Quaderer erklärte vor den rund neunzig interessierten Seniorinnen und Senioren des Landes, dass er als neuer Sozialminister einen Vernehmlassungsbericht übernommen habe, in welchem nur die Beitragsseite angegriffen werde. Deshalb habe er zuerst versucht, die Vorlage zu stoppen, um gleichzeitig mit der sicherlich notwendigen Bei-

tragssatzerhöhung dem Landtag aber auch Massnahmen auf der Leistungsseite in Vorschlag zu bringen. Bestärkt jedoch durch die verschiedenen Voten im Juni-Landtag, in denen dringender Handlungsbedarf erkannt worden ist, legt Regierungsrat Hugo Quaderer dem Landtag nun in der kommenden September-Sitzung eine Vorlage zur Anpassung der Beitragsseite vor. Gleichzeitig ist seit Juni 2005 eine von der Regierung eingesetzte Arbeitsgruppe daran, die Leistungsseite zu überprüfen.

## Missbräuche bekämpfen

Die Arbeitsgruppe soll der Regierung bis anfangs September erste Vorschläge unterbreiten, welche Massnahmen auf der Leistungsseite getroffen werden könnten. Regierungsrat Hugo Quaderer rechnet damit, dass sich der Landtag im Juni 2006 mit Massnahmen auf der Leistungsseite befassen kann. Einschränkungen auf der Leistungsseite vorzunehmen sei natürlich ein sensibles Thema, erklärte Sozialminister Quaderer vor den Seniorinnen und Senioren in Gamprin. Ein gewisses Missbrauchspotenzial sei wie bei jedem System auch bei der Invalidenversicherung vorhanden. Hugo Quaderer warnte aber davor, in der Diskussion über die Missbrauchsbekämpfung Pauschalverurteilungen vorzunehmen. Hinter jedem IV-Fall stecke ein Einzelschicksal, das es differenziert zu betrachten gelte. Aber zweifellos sei es durch Verbesserungen möglich, bestehende Missbräuche künftig so gut als möglich zu vermeiden.

## In einem ersten Schritt

Dringender Handlungsbedarf ist auf jeden Fall gegeben: Ende 2005 wird die IV wahrscheinlich ein Defizit in Höhe von 1,8 Mio. Franken schrei-

ben. Deshalb schlägt die Regierung nun in einem ersten Schritt folgende Änderungen auf der Beitragsseite vor: Erstens soll der Beitragssatz der Versicherten und Arbeitgeber von bisher 1,2 auf 1,5 Prozent des Erwerbseinkommens erhöht werden. Zweitens soll der Staatsbeitrag auf 50 Prozent des Gesamtaufwandes fixiert werden. Drittens enthält die Vorlage eine Begrenzung des Staatsbeitrags, wenn das Vermögen der IV zu stark anwachsen sollte. Nach Ansicht von Regierungsrat Hugo Quaderer wäre der aus dem Vernehmlassungsbericht stammende Vorschlag, 20 Prozent des Gesamtaufwandes als Reserven behalten zu dürfen, finanzpolitisch nicht sinnvoll. So heisst es neu in dem von der Regierung verabschiedeten Bericht und Antrag: «Wenn das Vermögen der IV auf mehr als 5 Prozent eines Jahresaufwandes anwachsen sollte, so würde der Staatsbeitrag entsprechend reduziert.»

Adolf Heeb, Präsident der Seniorenunion und designierter Parteipräsident der VU, sagte gestern Nachmittag in Gamprin: «Wenn wir die Steigerungsraten der letzten Jahre betrachten, kann ich nicht nachvollziehen, dass so lange nichts unternommen wurde. So müssen wir heute diese Kröte schlucken, weil in den letzten vier Jahren nichts gemacht worden ist.»

► SEITE 5